



Philologenverband Niedersachsen
Sophienstr. 6
30159 Hannover

Tel. 05 11/3 64 75-0
Fax 05 11/3 64 75-75
Web www.phvn.de
eMail phvn@phvn.de

Verantwortlich:
Helga Olejnik

Niedersächsischer Philologentag 2014 eröffnet:

Philologenverband wirft Rot-Grün schrittweise Abschaffung des Gymnasiums vor

Täuschung der Öffentlichkeit über wahre Absichten

Demontage des Gymnasiums von außen und innen

Regierung verweigert Lehrerarbeitszeituntersuchung aus Angst vor der Wahrheit

Mit scharfer Kritik an der geplanten rot-grünen Schulgesetzänderung hat der diesjährige Niedersächsische Philologentag in Goslar begonnen.

Vor 350 Delegierten und zahlreichen Gästen aus Politik, Verwaltung und gesellschaftlichen Organisationen warf der Philologenverbandsvorsitzende Horst Audritz der Koalition von SPD und Grünen vor, die integrierte Gesamtschule schrittweise als einzige Schulform einführen zu wollen. Die Bestimmung, dass die IGS künftig in einer Region alle andere Schulformen ersetzen könne, zielt nicht nur auf die Beseitigung zahlreicher Gymnasien, sie bedeute auch das Ende für Oberschulen, Kooperativen Gesamtschulen, Realschulen und Hauptschulen. Zwar solle es in „zumutbarer Entfernung“ von einem Schulstandort noch ein Gymnasium geben. Dies bedeute jedoch für die Schüler faktisch eine tägliche Fahrzeit von etwa zwei Stunden, was offensichtlich vom Besuch eines Gymnasiums abschrecken solle. Außerdem sollten in Zukunft Gesamtschulen mit Grundschulen zusammengelegt werden können, was einzig und allein dem Zwecke diene, die Grundschüler nahtlos auf die IGS zu schleusen und die umliegenden Gymnasien auszutrocknen.

Wenn rot-grüne Politiker angesichts solcher Vorhaben noch von einer „Gleichberechtigung“ aller Schulformen sprächen, sei dies eine groteske Verdrehung der Tatsachen. „Wenn eine Schulform alle anderen ersetzen kann, wo ist da noch die Gleichberechtigung?“ fragte Audritz. Angesichts der Popularität des Gymnasiums wolle Rot-Grün mit der wahrheitswidrigen Behauptung, diese Schulform habe nichts

zu befürchten und werde nicht angetastet, der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen und die wahren Absichten des neuen Schulgesetzes verschleiern.

Als einen gezielten Angriff auf die Funktionsfähigkeit des Gymnasiums bezeichnete Audritz auch die Abschaffung der Schullaufbahneempfehlungen am Ende der Grundschule und die starke Einschränkung der Möglichkeit, am Gymnasium überforderte Schüler auf für sie geeignete Schulformen zu überweisen. Die Eignung für den anspruchsvollen gymnasialen Bildungsgang solle in Zukunft offenbar keine Rolle mehr spielen. Mit einer erheblichen Zahl ständig überforderter Schüler könne das Gymnasium aber die staatlich gesetzten Lernziele nicht mehr erreichen. Audritz sieht darin eine gezielte Strategie, das Gymnasium von innen her kaputt zu machen.

Der Vorsitzende des Philologenverbandes unterstrich noch einmal, dass die Regierungsentscheidung, zum neunjährigen Gymnasium zurückzukehren, richtig gewesen sei. Er mahnte aber eine sinnvolle Ausgestaltung des zusätzlichen Schuljahres an. Ein Abbau der Leistungsanforderungen, den Rot-Grün betreibe, sei den Schülern wie der Gesellschaft gegenüber unverantwortlich. Die Anforderungen der Hochschulen müssten bei der Gestaltung der gymnasialen Lehrpläne stärker berücksichtigt werden, um die Zahl der Studienabbrecher zu senken.

Scharf kritisierte Audritz die andauernde Gesprächsverweigerung der Landesregierung hinsichtlich der Arbeitszeiterhöhung insbesondere für Gymnasiallehrer. Die strikte Verweigerung einer unabhängigen Untersuchung der Lehrerarbeitszeit zeige überdeutlich die Angst von Rot-Grün vor der Wahrheit. Das angebliche Lehrerentlastungspaket des Kultusministeriums bestehe fast vollständig aus „Luftnummern“.

Audritz appellierte an SPD und Grüne, sich endlich von längst widerlegten bildungspolitischen Ideologien aus der Mottenkiste der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zu verabschieden. Vor mehr als 50 Jahren habe die SPD mit ihrem legendären Godesberger Programm Abschied von verstaubten Klassenkampfparolen genommen und sich zu einer modernen Volkspartei gewandelt. Nun sei die Zeit reif für ein „schulpolitisches Godesberg“. Nur so könne sichergestellt werden, dass das Schulwesen leistungsfähig bleibe und die Schüler auf die Herausforderung der Zukunft vorbereite.

Goslar, 26.11.2014